2005/11 Thema

https://jungle.world/artikel/2005/11/das-fremde-im-inneren

Das Fremde im Inneren

Von **Jens Kastner**

Die Konstitution nationaler Identität verlangt in Österreich innerstaatliche Ausschlüsse. von jens kastner, wien

Zu jeder Identität, das wissen wir spätestens seit dem Aufkommen postmoderner Theorien, gehört ein »konstitutives Außen«. Etwas, von dem die konstruierte Einheit sich abgrenzen, ohne die sie nicht existieren kann. Dabei variieren die Bilder, Mythen und Erzählungen über dieses Andere, und manchmal wird das Andere auch einverleibt und durch ein anderes, nun wiederum außen liegendes Anderes ersetzt. Eigentlich kommt keine nationale Identität ohne konstitutives Außen aus.

In Österreich ist das anders. Nicht dass es in der Alpenrepublik an Ab- und Ausgrenzungen mangelte, aber die österreichische Identität erweist sich als ein recht kompliziertes Gebilde. Nach dem Zusammenbruch der k.u.k. Monarchie waren es die Alliierten, die dem neu entstandenen Rumpfstaat verboten, sich »Deutschösterreich« zu nennen. Und selbst als 20 Jahre später die Nazis aus Österreich die deutsche Ostmark machten, vertraten maßgebliche Teile des sozialdemokratischen Widerstands noch die »gesamtdeutsche Linie«. Gemäß dieser Vorgabe wurde für die »Umwandlung des bestehenden nationalsozialistischen in ein sozialistisches Deutschland« gekämpft. Die Kommunistische Partei hingegen reduzierte ihre klassenkämpferische Rhetorik und warb wie verschiedene konservativ-bürgerliche und proletarische Katholiken für ein unabhängiges Österreich.

Im Jubiläumsjahr kämpfen all diese Gruppen um die Deutungshoheit über die seit 50 Jahren souveräne 60jährige Republik. Die beste Ausgangsposition haben dabei natürlich die Konservativen, die derzeit mit der FPÖ die Regierung stellen. Zur Tagung des Parlaments zum Thema »Widerstand in Österreich 1938–1945« am 19. Januar waren Angehörige des kommunistischen Widerstands jedenfalls nicht geladen. Dabei waren die Kommunistinnen und Kommunisten, sagt Wolfgang Neugebauer vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, »zahlenmäßig die weitaus stärkste von allen Widerstandsgruppen«. Die von der NS-Justiz als Widerstandskämpfer Verurteilten waren etwa zur Hälfte Kommunisten, die illegalen antinazistischen Schriften kamen zu 90 Prozent aus kommunistischen Druckerpressen, weiß der Historiker.

Ausgeschlossen von dem Symposium, mit dem die Regierung den Widerstand würdigte und sich zu eigen machte, blieben auch die Deserteure. Während die Alliierten, vor allem Großbritannien, auf die Wehrmachtsdeserteure gehofft hatten, um Österreich zu befreien, blieben sie in der Republik unbeliebt. Er kenne viele Deserteure, schreibt Peter Pirker im Standard, die »nicht über ihre Erfahrung sprechen, weil sie Nachteile befürchten«. Der Sozialwissenschaftler, der zum Thema geforscht hat, weiß außerdem »aus zahllosen Gesprächen mit Betroffenen, welche Herablassung und Ignoranz ihnen nach wie vor im politischen Alltag – abseits der offiziellen Feierstunden – entgegenschlägt«.

Ebenfalls weder im Alltag noch in der Öffentlichkeit repräsentiert sind jene Kämpferinnen und Kämpfer gegen den Nationalsozialismus, die hauptsächlich im Süden des Landes zu den Waffen griffen, die Partisanen. Die Anerkennung verweigert ihnen nicht nur der rechtsextreme »Kärntner Heimatdienst«, nach eigenen Angaben »Österreichs größte parteifreie patriotische Bürgerinitiative«, demzufolge sie schlicht »Heimatverräter« sind. Auch die ÖVP und die Sozialdemokraten in Kärnten halten nicht viel von den meist slowenischstämmigen ehemaligen Partisanen. Denn diese hätten schließlich nicht für ein freies, demokratisches Österreich, sondern für den Anschluss Kärntens an Titos Jugoslawien gekämpft.

Mit diesem Argument, so betont Tina Leisch, ehemalige Mitarbeiterin im Museum des Kärntner antifaschistischen Partisanenkampfes, werde nicht nur dem Widerstand die Anerkennung versagt. Implizit werde damit »die nationalsozialistische Aggression als so etwas wie ein legitimer zweiter Aufguss des so genannten Abwehrkampfes« interpretiert. Nach dem Ersten Weltkrieg hatten sich deutschsprachige Kärntner erfolgreich gegen territoriale Ansprüche des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen gewehrt. Bei einer Volksabstimmung im Oktober 1920 über den Status Südkärntens hatten aber auch viele Kärntner Slowenen für Österreich gestimmt.

Die ethnische Demarkationslinie wird bis heute vor allem von der deutschsprachigen Dominanzgesellschaft gezogen: Spätestens nach dem Überfall der Wehrmacht auf Jugoslawien 1941 begann auch in Kärnten eine drastische Verschärfung der antislowenischen Politik bis hin zu so genannten ethnischen Säuberungen. Angesichts dessen ist es wenig verwunderlich, dass die Entscheidung von Kärntner Slowenen für den bewaffneten Kampf nicht selten mit einer Parteinahme für Tito einherging. Als ideologisch homogener Block agierten aber auch die Partisaninnen und Partisanen nicht. Sie posthum zu vereinheitlichen, verhindere das Verständnis dafür, wie es ausgerechnet hier zu einem bewaffneten Kampf kommen konnte, der in diesem Ausmaß auf dem Boden des Deutschen Reiches einzigartig war, betont Leisch.

Aber nicht nur, dass die Partisanen nach wie vor nicht dem legitimen Widerstand zugerechnet werden. Auch die in Artikel 7 des in diesem Jahr so groß gefeierten Staatsvertrags vereinbarten Regelungen zum Minderheitenschutz harren ihrer Anwendung. Als nach einem Parlamentsbeschluss von 1972 die ersten slowenischen Ortsschilder aufgestellt wurden, kam es zum so genannten Ortstafelsturm. Unter den Augen der Polizei wurden die Schilder immer wieder demontiert. Bruno Kreisky (SPÖ), der damalige Bundeskanzler, musste bei einem Besuch in Kärnten vor einem aufgebrachten deutschnationalen Mob flüchten. Daraufhin wurde eine »Ortstafelkommission«

eingerichtet, die eine so genannte Minderheitenfeststellung beschloss. Die slowenischen Verbände blieben der Kommission fern, und die slowenischsprachige Bevölkerung boykottierte die staatliche Erhebung zur Feststellung der Muttersprache, die vier Jahre später stattfand. Bis heute wird die Installierung slowenischer Ortstafeln von der von Jörg Haider geführten Kärntner Landesregierung verhindert.

»Entdeckte« die außerparlamentarische Linke in den siebziger Jahren mit den Slowenen ein »unterdrücktes Volk« im eigenen Land, wie Robert Foltin in seiner Geschichte sozialer Bewegungen in Österreich schreibt, findet das hegemoniale deutschsprachige Österreich hier seit der Gründung der Republik sein konstitutives Außen im Inneren.

Nicht weniger fragwürdig erscheinen allerdings Versuche, eine alternative Konstruktion nationaler Identität zu bewerkstelligen: Im Sommer 2004 lancierten namhafte österreichische Intellektuelle, darunter Marlene Streeruwitz und Robert Schindel, in einem »Linguistischen Manifest« die Forderung, das »Österreichische« zur Staatssprache zu erklären.

© Jungle World Verlags GmbH